

## Zukunft der Energieversorgung

# Die faire Wende

*Von Michael Kopatz*

— Wie keine andere Nation betreibt Deutschland den Wandel der Energieversorgung. In gut 30 Jahren wird der Strom fast ausschließlich aus erneuerbaren Quellen stammen. Ehrgeizige Effizienzprogramme werden den Bedarf an Kohle, Öl und Gas um mehr als die Hälfte reduzieren. Diese Energiewende führt langfristig zu moderaten und sozial verträglichen Preisen, weil die Abhängigkeit von den versiegenden fossilen Ressourcen sinkt. Doch der Widerstand der Profiteure des Status quo ist enorm, und große Teile der Bevölkerung sind verunsichert. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Verfechter(innen) der Energiewende auch Lösungen für die sozialen Probleme anbieten, die sich aus dem Umbau ergeben können.

In der öffentlichen Debatte über die Energiewende ist häufig von „Energiearmut“ die Rede. Was ist damit gemeint? In Großbritannien gilt ein Haushalt als energiearm, wenn seine Mitglieder zusammen mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens aufwenden müssen, um die Wohnung angemessen zu heizen. In Deutschland geben 14 Prozent mehr als ein Zehntel ihres Einkommens für Energie aus, antwortete die Bundesregierung im Sommer 2012 auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Doch weder erkennt die Regierung hierzulande die britische Definition an, noch werden entsprechende Daten

erhoben. Das wäre aber notwendig für den Nachweis, dass sich die Energiewende in Deutschland sozial tragfähig entwickelt. Um eine Definition zu finden, ist die Einsetzung einer Kommission zu empfehlen, die aus relevanten Akteuren besteht und innerhalb eines halben Jahres einen Vorschlag zur Messung von Energiearmut vorlegen könnte.

Im Wesentlichen gibt es vier Ursachen für Energiearmut: erstens ein niedriges Einkommen der Haushalte, zweitens hohe Kosten für Strom und Wärme, drittens die mangelhafte Energieeffizienz der Wohngebäude und Gerätschaften sowie viertens ineffiziente Alltagsroutinen. Eine weitere häufig benannte Ursache, der verschwenderische Umgang mit Strom und Wärme, lässt sich empirisch kaum belegen. Zumindest absolut betrachtet – da ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eindeutig – verbrauchen Geringverdiener(innen) auch am wenigsten Energie. Umkehrt steigt der Bedarf an Strom und Wärme mit dem Einkommen.

Im schlimmsten Fall führt Energiearmut zur Versorgungssperre. Jährlich wird dem Monitoringbericht der Bundesnetzagentur zufolge mindestens 300.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgedreht. Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen respektive Rheinland-Pfalz beziffern auf Basis von Erhebungen und Hochrechnungen jährlich 600.000 bis knapp 790.000 Fälle. Wird

dann mit Kerzen, Stromaggregaten und Campingkochern improvisiert, kann es zu tödlichen Katastrophen kommen. Insgesamt hat es durch Stromsperren im Jahr 2012 acht Todesopfer gegeben. Eine Stromsperre kann übrigens zur Folge haben, dass die Gasetagenheizung nicht mehr funktioniert.

### **Maßnahmen gegen die Energiearmut**

Die folgenden Maßnahmenfelder zur sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende machen anschaulich, dass in den Städten und Gemeinden bereits viele Menschen aktiv geworden sind und das gesellschaftliche Bewusstsein gegenüber dem Problem Energiearmut steigt.

*Beratung vor Ort:* Bei einem durchschnittlichen Haushalt liegen die Einsparpotenziale zwischen zehn und 30 Prozent – für Strom und Wärme. Entscheidend ist jedoch nicht allein die Geräteausstattung und Beschaffenheit des Gebäudes. Mindestens genauso bedeutsam sind effiziente Verhaltensweisen. Richtiges Lüften und moderate Raumtemperaturen können helfen, mehrere Hundert Euro jährlich zu sparen. Doch ein Wandel von Alltagsroutinen und Gewohnheiten lässt sich nicht durch das Verteilen von Infobroschüren ins Werk setzen. Absolut notwendig ist eine effektiv und im Idealfall professionelle Beratung in der Wohnung. Profiberater(innen) gehen in der Reihenfolge der größten Probleme vor und vermitteln den Mieter(inne)n verständlich die Botschaften. Das ist gerade bei den Verhaltenstipps essentiell. So genügt der bloße Hinweis auf die Notwendigkeit des energiesparenden Stoßlüftens von Zimmern im Winter kaum. Vielmehr erläutern die Expert(inn)en plastisch, warum ohne Lüften Schimmelgefahr

droht und die Kipplüftung viel Energie kostet. Zudem bedarf es eines Förderprogramms für effiziente Haushaltsgeräte. Denn ein neuer Kühlschrank ist für all jene reines Wunschdenken, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Dasselbe gilt für Kühltruhe, Waschmaschine und Herd. Die Sozialbehörden können hier in Zusammenarbeit mit Energieberater(inne)n gezielt helfen. Diese entscheiden, ob ein Neugerät angemessen ist. Der kommunale soziale Dienst befindet über die Bedürftigkeit und übermittelt dem Haushalt einen Spendengutschein, etwa über 350 Euro, der bei einem bestimmten Fachgeschäft einzulösen ist. Nur die Effizienzklasse ist vorgeschrieben. Das schafft etwas Entscheidungsspielraum und berücksichtigt individuelle Wünsche nach Einbaugerät, Größe und Ausstattung. Das Gerät darf auch mehr als 350 Euro kosten, wenn die Käufer(innen) den Zusatzbetrag aufbringen. Der Fachhandel liefert den Neukauf kostenlos nach Hause und holt das Altgerät ab. Die Rechnung geht an den Träger der Maßnahme.

*Gebäudesanierung:* Arme Menschen leben vorwiegend in schlecht isolierten Gebäuden. Das liegt auch daran, dass die Sozialträger nur geringe Mieten übernehmen. In Bielefeld stellt man sich dem Problem mit einem „Klimabonus“. Er erlaubt höhere Mieten, wenn das Gebäude vergleichsweise wenig Heizkosten verursacht. Der Nachweis erfolgt mit dem Gebäudeausweis. Das ist für die Staatskasse aufkommensneutral und erhöht den Sanierungsanreiz für Vermieter(innen), weil Geringverdiener(innen) mithilfe der Sozialtransfers auf Häuser in besserem Zustand ausweichen können. Zudem gilt es zu verhindern, dass einkommensarme Men-

schen aus ihrem Heim gleichsam „heraus saniert“ werden. Zur besten Sendezeit ließ der Mieterbund im TV-Magazin „Report Mainz“ vom 3. Juli 2012 verlautbaren, dass sich 100.000 Mieter(innen) ihre Wohnung nicht mehr leisten könnten, weil teure energetische Sanierungen auf die Miete umgelegt wurden. Betroffen seien vor allem Geringverdiener(innen) und ältere Menschen mit geringer Rente. Doch dient die Isolierung der Gebäudehülle häufig nur als Steigbügel, um höhere Mieten in guten Lagen zu rechtfertigen.

Bedenkenswert ist zudem, dass eine Sanierung für Eigentümer(innen), welche die Warmmiete nicht tangiert, nicht besonders attraktiv erscheint. Für sie entsteht ein erheblicher Aufwand, finanziellen Nutzen haben sie keinen. Das könnte sich ändern, wenn die Kosten durch drei geteilt werden. Der/die Eigentümer/in des Gebäudes übernimmt dabei ein Drittel der Kosten, da dies den Instandhaltungskosten entspricht und den Gebäudewert entsprechend erhöht. Ein weiteres Drittel der Sanierungskosten trägt die staatliche Förderung, die gekoppelt ist an eine Energieberatung und die Einhaltung von Qualitätskriterien. Das letzte Drittel übernehmen die Mieter(innen), deren Mietzahlung sich nach der Sanierung entsprechend erhöht. Die Warmmiete bleibt durch die Kostendrittung gleich oder verringert sich, denn die Erhöhung wird durch die verringerten Heizkosten zumindest kompensiert.

*Prepaid statt Sperre:* Schon seit Jahrzehnten gibt es in Großbritannien sogenannte Prepaid-Zähler. 14 Prozent der britischen Haushalte bezahlen ihren Strom nicht in monatlichen Abschlägen, sondern nach Bedarf mit

Guthabenaufladung. Eine Vorschrift, die Sperrungen verhindert und stattdessen die kostenlose Installation eines Prepaid-Zählers vorschreibt, könnte in Deutschland die schlimmsten Auswüchse der Energiearmut verhindern. Improvisationen mit Kerzenlicht, Experimente mit Notstromaggregaten und Ähnliches werden durch Prepaid-Zähler ebenso vermieden wie weiter zunehmende Stromschulden. Diese entstehen nicht zuletzt durch den jährlichen Abrechnungszyklus. Er macht es möglich, dass Monat für Monat tatsächlich höhere Kosten entstehen – etwa durch defekte Geräte, zusätzliche Personen im Haushalt oder gestiegene Preise. Die Nachforderung bei der Jahresendabrechnung ist dann oft ein Schock. Auch geringe Beträge können Menschen in schwierigen sozialen Lagen nicht ohne Weiteres aufbringen. In der Folge entstehen erhebliche Mahn- und gegebenenfalls Sperr- und Entsperrgebühren. (2)

Die Vermutung, die betroffenen Haushalte würden durch den Guthabenzähler stigmatisiert, ist abwegig. Das zeigen die Erfahrungen verschiedener deutscher Stadtwerke. Auch in internationalen Studien über die Nutzer(innen) von Prepaid-Systemen äußerten 85 bis 90 Prozent der Befragten, sie bevorzugten die Guthabenaufladung gegenüber den Monatspauschalen.

*Sozialtarif und Hartz-IV-Regelsätze:* In der öffentlichen Debatte werden immer wieder Sozialtarife gefordert. Sozialtarife können allerdings die sozialen Folgen steigender Energiekosten nicht mildern, ohne zugleich unerwünschte Nebenwirkungen auszulösen. Ein hoher administrativer Aufwand, mangelnde Zielgenauigkeit, rechtliche Hürden und wettbewerbliche Verzerrungen spre-

chen eindeutig gegen eine bundesweit verpflichtende Einführung dieser Tarife. Bedenklich ist auch, dass besonders vergünstigte Tarife den Sparanreiz untergraben. (3) Es darf gleichwohl erwartet werden, dass die Hartz-IV-Regelsätze und Zuschüsse den Energiebedarf realistisch abbilden. Das ist seit einigen Jahren nicht der Fall. Die Sätze werden bisher analog zur allgemeinen Preisentwicklung und zur Zunahme der Nettolöhne angepasst. Problematisch ist daran, dass ein armer Haushalt einen wesentlich größeren Anteil seiner Einkünfte für Strom aufwenden muss als der Durchschnittshaushalt. Bei einem mittleren Einkommen betragen die Stromkosten im Schnitt gut zwei Prozent, bei Arbeitslosen werden hierfür über acht Prozent veranschlagt. Daher ist es notwendig, der Entwicklung der Strompreise bei der Anpassung der Regelsätze künftig gesonderte Beachtung zu schenken.

### **Fairness schafft Akzeptanz**

Zweifellos stehen wir vor einem tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel – wenn beabsichtigt ist, die Ressourcennutzung auf ein verantwortliches Maß zu verringern. Insgesamt sichern die zuvor beschriebenen Maßnahmen zur sozial verträglichen Gestaltung der Energiewende

die Wohlfahrt und tragen dazu bei, dass sich der Abstand zwischen den oberen und den unteren Einkommen und Vermögen nicht weiter vergrößert.

Die Energiewende wird gelingen, wenn sie von den Bürger(inne)n getragen wird. Dazu ist bereit, wer sich gerecht behandelt oder beachtet fühlt. Sonnenstrom wird akzeptiert, wenn arme Menschen ihre Strom- und Heizkostenrechnung bezahlen können und Millionen Mahnungen und Sperrandrohungen der Vergangenheit angehören. Die Energiewende lässt sich so gestalten, dass sich alle Menschen in unserer Gesellschaft gut aufgehoben fühlen. ———

### **Anmerkungen**

(1) Eine ausführliche Darstellung findet sich in: Kopatz, Michael et al. (2013): *Energiewende. Aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt*. München.

(2) Kopatz, Michael: *Energiearmut lindern: Prepaid statt Sperre*. In: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 11/2012, S. 90-92.

(3) Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie/Ö-quadrat (2008): *Kurzgutachten für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Bewertung einer möglichen Veränderung der Stromtarifstruktur für Haushaltskunden („Stromspartarif“)*. Wuppertal/Freiburg.

---

### **Zum Autor**

Michael Kopatz, geb. 1971, ist Sozialwissenschaftler und wiss. Projektleiter in der Forschungsgruppe „Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Mit dem Thema Energiearmut beschäftigt er sich seit 2007.

### **Kontakt**

Dr. Michael Kopatz  
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie  
Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und  
Klimapolitik  
E-Mail [michael.kopatz@wupperinst.org](mailto:michael.kopatz@wupperinst.org)

---